

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Karl Homann.

Berlin, Freitag, den 16. November 1894.

Buß- und Betttag.

Wir stehen vor dem Ende des Kirchenjahres. Der vorletzte Mittwoch desselben ist durch Uebereinkommen für die überwiegende Mehrzahl der norddeutschen Staaten zum gemeinsamen Buß- und Betttag bestimmt worden, an dessen Feier die Angehörigen beider Konfessionen in Eintracht theilnehmen. Alle, die wir uns bewußt sind, Angehörige eines christlichen Staates zu sein, eines Staates, der auch die weltliche Rechtsordnung auf die Grundsäulen christlicher Rechtsanschauung und göttlichen Rechtes gestellt hat, begehen diesen Feiertag als einen kirchlichen und nationalen zugleich. Wir wissen, daß es bei den strengen und stetigen Anforderungen, die unser unsterbliches Selbst, die Beruf, Familie und Staat an jeden Einzelnen stellen, uns nicht ziemt, müßige und trübselige Kopfhänger zu sein; das Leben bedeutet für den Niedrigsten wie für den Höchstgestellten unter uns ein unausgesetztes Schaffen und Arbeiten, wenn anders wir nach der Kraft und Fähigkeit, die Gott in uns gelegt hat, jeder in seinem Kreise und jeder nach seiner Weise, uns als nützliche Glieder der menschlichen und Volksgenossenschaft erweisen sollen. Dies Schaffen und Arbeiten soll freudig sein; was es aber freudig macht trotz aller Mühsal und mancher Trübsal, die es mit sich bringt, ist einzig das Vertrauen auf Gott, dessen Hand zu helfen kein Ziel hat, wie es im Lutherschen Bußliede heißt.

Vor Gott, dem wir vertrauen, daß sein Segen unserem Leben und unserer Arbeit Bedeutung und Inhalt gebe, treten wir am Bußtage, ein ganzes, großes Volk zu Gemeinden geschaart, und beten, daß er auch fernerhin seine Hilfe unserem Vaterlande und unserem Kaiser widerfahren lasse. Es ist erhebend, wenn ein ganzes, großes Volk zu solcher Stunde und zu solchem Gebete einmützig ist; die Gewißheit dieser Eintracht mag auch den Einzelnen stärken, der sich bei ernster Selbstprüfung bewußt wird, wie oft er für sich kleinstmützig gedacht und unrichtig gehandelt habe. Wir brauchen eine solche Stärkung, die in der Eintracht des Vertrauens auf Gottes Führung beruht, allezeit sehr wohl; und zumal in einer Zeit, da Entwicklung und Gedeihen des Volkslebens an mehr als einer Stelle von geschäftigen Feinden bedroht und beeinträchtigt werden. Wider sie kann eben nur am besten Derjenige helfen, dessen Hand zu helfen kein Ziel hat, und er wird es auch, wenn wir uns ihm als williges, tüchtiges Werkzeug in die Hand geben.

Preßpolitik.

Bei einem Personenwechsel in den obersten Stellungen des Reichs und des Staates mag es immerhin bis zu einem gewissen Grade begreiflich erscheinen, wenn die Presse bis zur endgiltigen Besetzung der offenen Posten von diesem und jenem voreiligen Gerücht Notiz nimmt und einer oder der anderen Kombination Raum giebt. Was wir indessen in den letzten vierzehn Tagen erlebt haben, übersteigt bei Weitem das zulässige Maß. Nicht nur, daß eine lange Reihe von Ministerkandidaten in der Presse aufs Gerathewohl genannt wurde, einzelne Blätter nahmen mehr oder minder heftig für und wider Partei und führten sich so auf, als ob sie die Regisseure des Szenenwechsels wären. Stand dann die Wahl Seiner Majestät für einen der neuen Rathgeber der Krone fest, so wurde alles, was sich in der Eile zusammenraffen ließ, über die Vergangenheit des neuen Ministers ausgeframt, und ein Hause von Spekulation über seine zukünftige Haltung an den Mann gebracht. Ein ernsthaftes Blatt, das „Dresdener Journal“, sprach sich kürzlich über dieses Treiben wie folgt aus: „Es erhebt sich, sobald eine neue Persönlichkeit ein wichtiges Amt angetreten hat, in den Tagesblättern eine dichte Wolke von Ver-

muthungen und Erwartungen, man taucht in die Vergangenheit hinab und holt tendenziös daraus hervor, was der einen Partei Hoffnung geben, die andere vor Enttäuschung bewahren könne; man erinnert an diese und jene frühere Thätigkeit und Aeußerung des Betreffenden und überrumpelt die Leser mit schnellen Schlüssen daraus, ohne Achtung vor der inneren Fortentwicklung und vor entscheidenden Wandlungen im Charakter des Individuums, ohne Berücksichtigung der eigenthümlichen Ansprüche, die das neue Amt in sich selbst mit Zwang geltend macht. Man hat ja keine Zeit zum Abwarten, das Publikum muß heute durch die Brille der Zeitungen den Mann abschätzen, den der gestrige Tag in die Arena des politischen Lebens geführt hat. Gewiß ist es Sache der Presse, über neue leitende Personen des großen Gemeinwezens eine Ansicht vorzutragen, aber es geschehe vorsichtig, maßvoll, mit klugem Takt zurückhaltend; denn welche ausgebildete Proteusgestalten würden sich uns darstellen, wenn all die auseinander gehenden Meinungen der Tagesblätter zusammen das Richtige träfen.“

Aber man hat sich nicht einmal mit leeren Muthmaßungen begnügt, sondern geradezu auf eine gefährliche Verwirrung der öffentlichen Meinung hingearbeitet, indem man den Glauben zu erwecken suchte, daß es unter den gegenwärtigen Umständen schwierig sei, angesehene Politiker zu finden, welche Neigung hätten, in das Ministerium einzutreten. Ein drastisches Beispiel hierfür ist die in freisinnigen Organen und sogar Medien enthaltene Behauptung, das Justizministerium sei ausgedient worden, wie saueres Bier. In Wahrheit sind wegen der Nachfolge im Justizministerium nur zwei Anfragen ergangen, an den Oberreichsanwalt Tessenborn und an den Oberlandesgerichtspräsidenten Schönstedt in Celle, von denen der Letztere alsbald ernannt wurde. Der Minister des Innern v. Köller war bekanntlich am selben Tage der Entlassung des Grafen zu Eulenburg aus Straburg zu Seiner Majestät berufen worden. Die Verhandlungen endlich, die wegen der Besetzung des landwirthschaftlichen Ministeriums einzuleiten waren, haben kaum eine Woche in Anspruch genommen, während früher in ähnlichen Fällen wiederholt ein viel längeres Interimistum eintrat, bis die geeignete Wahl getroffen war und ohne daß deshalb von Schwanken und Unsicherheit in den oberen Regionen die Rede gewesen wäre.

Ueber die drei neuen preussischen Minister v. Köller für das Innere, Frhr. v. Hammerstein-Loxten für die Landwirthschaft und Schönstedt für die Justiz ist hie und da Unfreundliches und viel Widersprechendes geschrieben worden; daß aber alle drei in dem Ansehen charaktervoller Männer stehen, hat von keiner Seite bestritten werden können. Das widerlegt und kennzeichnet zugleich jenes Gerücht von der Unsicherheit der politischen Lage im Allgemeinen.

Die Unterwerfung Hendrik Witboois.

Im „Deutschen Kolonialblatt“ wird ein aus Windhoek vom 7. Oktober datirter Bericht des Majors Leutwein über die letzten Kämpfe mit Hendrik Witbooi und seine Unterwerfung veröffentlicht. Danach wurde am 3. September bei der Spitze der deutschen Truppe führenden Premierlieutenants Diestel folgender Brief Witboois gefunden:

„Gurus, 3. September 1894. Viel edler Herr Major Leutwein, hierdurch ich Ihnen diese Zeilen bei Ihren 5 Todten. Mein lieber, edler Herr, ich bitte Sie, lassen Sie mich doch endlich stehen, verfolgen Sie mich nicht weiter. Sie sehen ja, daß ich fliehe. Ich bin doch nicht so schuldig für Sie. In der Hoffnung, daß Sie dies thun, bin ich der Kapitän Hendrik Witbooi. Ich bitte Sie, hören Sie doch mit dem Blutvergießen auf, lassen Sie ferner kein Blut mehr fließen.“

Nichtsdestoweniger war am Morgen des 4. September der Feind verschwunden, und es folgte nun bis zum 9. September eine unausgesetzte Verfolgung Witboois, die diesen in die größte Bedrängniß brachte und ihn davon überzeugten, daß weiterer Widerstand nutzlos sei. Am 9. September erhielt Major Leutwein von Witbooi eine Botschaft, in der er zum ersten Mal ein ernsthaftes Unterwerfungsangebot machte. „Nunmehr trat an mich,“ heißt es in dem Bericht, wörtlich, „die wichtige Entscheidung über die Frage heran, ob ich den Krieg bis zur Vernichtung Witboois fortsetzen oder dem Letzteren die Rückkehr auf den Boden des geordneten Staatswesens ermöglichen sollte. Im Interesse der Schutzgebiete und des Landeshauptmanns sagte ich mir Folgendes: „Wenn ich Witbooi in seiner derzeitigen ungünstigen Stellung bei Tams angreife, so wird er zweifellos eine weitere Niederlage erleiden. Daß es dabei gelingen würde, den Führer selbst zu fangen oder sonst unschädlich zu machen, schien mir mit Sicherheit aber nicht zu erwarten. Gelingt es Witbooi, mit nur 30 bis 40 Reitern, die sich unschwer einzeln bei Nacht zwischen unseren Absperrungsposten durchschleichen können, zu entkommen, so ist mit dem Siege, der gewiß weitere Opfer kosten wird, nichts erreicht. Mit den zurückgelassenen Weibern und Kindern können wir auch nichts anfangen. Wir müßten sie laufen lassen und ihnen vielleicht, wollen wir sie nicht dem Hungertode preisgeben, sogar das wenige Vieh belassen. Witbooi dagegen, der dann nichts mehr zu verlieren hat, wird seine Leute vollständig zu einer schwer fassbaren Räuberbande ausbilden, welche allmählich wieder durch Zulauf verstärkt werden wird. Uns bliebe dann nur ein fernerer opfervoller Kampf in Aussicht. Und daß Witbooi bei dem Angriff entkommen wird, ist nahezu als sicher anzunehmen. Witbooi ist beim Vorgehen zum Gefecht stets der Letzte, beim Rückzuge dagegen stets der Erste. Es liegt immer in seiner Hand, uns in dem schwer zugänglichen Gelände mit wenigen seiner Leute stundenlang aufzuhalten, sich selbst mit seiner näheren Umgebung in unzugängliche Schlupfwinkel zurückzuziehen, um dann bei Nacht zu entfliehen. Wenn daher Witbooi die ernste Absicht hat, sich der deutschen Regierung zu unterwerfen, so ist es nützlich, auf sein Anerbieten einzugehen und seinen Einfluß nutzbar zu machen, um seine bis jetzt lediglich an Jagd, Krieg und Raub gewöhnten Leute zur Friedensarbeit zu erziehen.“

Unter solchen Gesichtspunkten beschloß ich, die Unterwerfung Witboois anzunehmen und, sofern die Hauptsache, nämlich Gewinnung von Ruhe und Frieden für das Schutzgebiet erreicht wurde, in den Nebendingen entgegenzukommen.

Ich begab mich persönlich zur weiteren Verhandlung in das Lager Witboois, da ich aus Erfahrung wohl wußte, daß schriftlich mit ihm schwer zum Ziele zu kommen sei. Nach dreimaliger Zusammenkunft gab Witbooi die förmliche Erklärung ab, daß er sich und sein Volk der deutschen Schutzherrschaft unterwerfe. Als zukünftiger Wohnort wurde ihm Gibeon angewiesen, wo eine Abtheilung der Schutztruppe stationirt wird. Gegenwärtig ist Witbooi nach Gibeon in Marsch gesetzt und wird dort, da er nur langsam marschiren kann, gegen Anfang der Regenzeit eintreffen.“

Nach dem weiteren Bericht ist nicht daran zu denken, daß Witbooi noch einmal kriegerische Neigungen verspüren wird, und so ist es denn, Dank dem energischen Vorgehen Major Leutweins, gelungen, in Südwestafrika den Frieden herzustellen, dessen die Kolonie dringend bedarf.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Unter dem Titel „Mobilmachungsbüchlein für Gemeindevorsteher“ ist bei J. F. Starke in Berlin eine gedrängte und leichtverständliche Zusammenstellung der Vorschriften erschienen, die für die örtlichen Behörden im Falle einer Mobilmachung in Betracht kommen. Der Minister des Innern hat im Einverständnisse mit dem Kriegsminister für zweckmäßig erklärt, daß jede Gemeindebehörde (Magistrat bezw. Bürgermeister, Landgemeinde- und Gutsvorsteher) ein Exemplar des „Mobilmachungsbüchleins“ zur Kenntnißnahme und amtlichen Verwahrung erhält.

Politische Tagesfragen.

Dem Kaiser

hatte am 5. November eine in Moers tagende Versammlung des Bundes der Landwirthe ein Huldigungstelegramm gesandt, worin „in dem Kampfe für Religion, für Sitte und Ordnung gegen die Parteien des Umsturzes die Niederrheinischen Männer vom Bunde der Landwirthe treue Heeresfolge“ gelobten. Darauf ist folgende telegraphische Antwort erfolgt:

„Herrn Freiherrn von Plattenberg-Mehrums, Moers. Seine Majestät der Kaiser und König lassen für den Huldigungsgruß bestens danken und haben Allerhöchst Sich gefreut, das Ihre am Pregel gesprochenen Worte am Rheine Wiederhall gefunden haben. Auf Allerhöchsten Befehl (gez.) von Lucanus, Geheimer Rabinetsrath.“

Wechsel im Justizministerium.

Der Reichs- und Staatsanzeiger vom 14. November meldet amtlich:

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

dem Staats- und Justizminister Dr. von Schelling die nachgesuchte Entlassung aus seinem Amt unter Belassung des Titels und Ranges eines Staatsministers sowie unter Verleihung des Großkreuzes des Rothen Adler-Ordens mit Eichenlaub in Brillanten in Gnaden zu bewilligen, und

den Ober-Landesgerichts-Präsidenten Schönstedt in Celle zum Staats- und Justizminister zu ernennen.

Dr. Ludwig Hermann v. Schelling, als Sohn des Philosophen Friedrich Wilhelm Joseph Schelling am 19. April 1824 in Erlangen geboren, promovirte schon mit 18 Jahren summa cum laude in der philosophischen Fakultät der Berliner Hochschule. Am 12. Dezember 1844 wurde er als Assessor vereidigt, 1849 zum Assessor ernannt, 1854 als Staatsanwalt in Hedingen angestellt und 1857 in gleicher Eigenschaft an das Kammergericht berufen, in welchem Jahre er gleichzeitig mit seinem Vater in den Adelsstand erhoben wurde. 1861 zum 1. Staatsanwalt des Berliner Stadtgerichts befördert, wurde v. Schelling bei der damaligen Revidirung des Entwurfes einer Strafprozeßordnung von 1851 herangezogen; sein Entwurf wurde durch Königl. Verordnung als Strafprozeßordnung für die 1866 erworbenen neuen preussischen Landestheile eingeführt. 1863 zum Appellationsgerichtsrath in Glogau ernannt, wurde er 1866, nachdem er bereits einige Zeit als Hilfsarbeiter im Ministerium gewesen war, Geheimer Justizrath und Vortragender Rath im Justizministerium, wo er 1869 zum Geheimen Ober-Justizrath aufrückte. Anfangs 1874 kam er als Appellationsgerichtspräsident nach Halberstadt, wurde aber schon am Schlusse des Jahres als Obertribunals-Vizepräsident nach Berlin zurückberufen, nachdem er bereits vorher in die Kommission zur Berathung des Plans für die Aufstellung des Entwurfes eines bürgerlichen Gesetzbuchs berufen war. Ende 1876 wurde er Unterstaatssekretär im Justizministerium und nahm in dieser Stellung Antheil an den Arbeiten, die zur Einführung der Justizorganisation erforderlich waren. Am 19. November 1879 als Nachfolger Friedbergs, der das preussische Justizministerium übernahm, zum Unterstaatssekretär des Reichs-Justizamts mit dem Titel eines Wirklichen Geheimen Raths ernannt, wurde v. Schelling, als am 31. Januar 1889 v. Friedberg seinen Abschied als Justizminister erhielt, wiederum dessen Nachfolger als Justizminister.

Der neue Justizminister, Karl Heinrich Schönstedt, am 6. Januar 1833 in Broich bei Mühlheim a. d. Ruhr als Sohn eines Patrimonialrichters geboren, steht seit 1853 im Justizdienst. Nach Erledigung des Vorbereitungsdienstes im Bezirk des Appellationsgerichtsbezirks Hamm wurde Herr Schönstedt im April 1859 nach bestandener Staatsprüfung zum Gerichtsassessor ernannt. 1865 wurde er Kreisrichter bei der Gerichtsdeputation in Broich, kam 1867 in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Duisburg und wurde im Oktober 1872 Appellationsgerichtsrath in Glogau. 1875 an das Appellationsgericht Frankfurt a. M. versetzt, wurde er dort bei der Justizreorganisation am 1. Oktober 1879 zum Landgerichtsdirektor ernannt. Im März 1883 erfolgte seine Beförderung zum Landgerichts-Präsidenten in Neuwied, von wo er im Herbst 1887 an das Landgericht in Cassel versetzt wurde. Am 28. Juli 1892 wurde er als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bardeleben als Oberlandesgerichts-Präsident nach Celle berufen.

Der Bundesrath

hat am 15. November die Berichte der Ausschüsse über den Entwurf des Etats der Marineverwaltung zum Reichshaushalts-Etat für 1895/96, über den Entwurf des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung und über den Entwurf des Etats der Reichsdruckerei zum Reichshaushalts-Etat für 1895/96 genehmigt.

Cholera.

In der Woche vom 5. bis 12. November Mittags wurden, wie in den „Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamts“ mitgeteilt wird, nachstehende Erkrankungen (und Todesfälle) gemeldet: Ostpreußen: 22 (6), davon 1 (1) im Stadtkreise Königsberg, 8 (3) in 6 Orten des Kreises Labiau, 12 (2) in zwei Orten des Kreises Niederung, 1 (—) in Pillau. Weichselgebiet: 6 (1) in Tolkemit, Landkreis Elbing. Schlesien: 2 (1) in Sättschau, Kreis Glogau.

Ein neues sozialdemokratisches Eingeständniß

findet sich in dem Wochenblatte „Der Sozialist“, das an den „Intelligenzen“ der Partei, die nach Bebel zu den bürgerlichen Parteien überlaufen würden, sofern man das Gehalt für geistige Arbeiter auf 3000 M. normiren würde, folgende Kritik übt: „Ihr Idealismus, ihre Begeisterung für die Freiheit hat ein Ende, wo die klingende Münze aufhört. Man kämpft gegen eine privilegierte Klasse in der heutigen Gesellschaft und sanktionirt dadurch wieder neue Privilegien für die Zuläufer aus bürgerlichem Lager innerhalb einer angeblich proletarischen Bewegung. Wie ekelhaft doch diese Demagogie!“

Sozialpolitisches.

Öffentliche Arbeitsnachweisstellen

werden gegenwärtig in vielen Berliner Vororten eingerichtet. So wird in Köpenick ein derartiges Bureau im Polizeiamt eingerichtet werden, in Groß-Richterfelde wird eine von den Gemeindebehörden im Amtshause eingerichtete Arbeitsvermittlung in's Leben treten, und in Pankow hat der vaterländische Verein den Arbeitsnachweis in die Hand genommen.

Hierzu ist noch zu bemerken, daß der Vorstand des Centralvereins für den Arbeitsnachweis beschlossen hat, den von auswärts nach Berlin zuziehenden Arbeitern die Einschreibung in die Listen des Arbeitsnachweises so lange zu versagen, als die Nachfrage nach Arbeitern durch das Angebot Berliner Arbeitsloser gedeckt werden kann. Gegenwärtig steht insbesondere bei ungelerten Arbeitern eine geringe Nachfrage einem großen Angebot gegenüber, sodaß die auswärtigen Arbeiter nicht dringend genug gewarnt werden können, nach Berlin zu ziehen, um Arbeit zu suchen.

Invalidenhaus.

Die zu den Gräflin Schaffgotsch'schen Werken gehörige Paulusgrube hat für die Invaliden ihrer Belegschaft und die Wittwen ihrer Arbeiter mit einem Kostenaufwand von 60 000 Mark ein Invalidenhaus errichtet, in welchem dieselben mit ihren Angehörigen billige Unterkunft finden. Der monatliche Mietzins für eine Wohnung beträgt nur 1,50 Mark.

Volks- und Landwirthschaftliches.

Die Tuchindustrie

im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. hatte unter dem ungünstigen Wetter des verfloffenen Sommers erheblich zu leiden. Infolge der andauernd kühlen Witterung war der Bedarf des Publikums an Sommerstoffen so gering, daß die Händler große Mengen davon auf Lager behielten. Ferner tritt auch bei der Tuchindustrie immer mehr das Verlangen der Käufer nach leichten und billigen Stoffen hervor, um desto häufiger neue, der oft wechselnden Mode entsprechende Kleidung beschaffen zu können. Besonders gilt dies für die Damontektonik; hierin haben nur diejenigen Fabrikanten einen zufriedenstellenden Umsatz, welche dem obigen Verlangen Rechnung tragen, während Fabrikanten, die es nicht vermögen, sich dem Geschmacke des Publikums anzupassen, fortgesetzt über schlechten Geschäftsgang klagen. Die Fabriken für Damenmantelstoffe erhoffen einen lebhaften Aufschwung des Geschäftes von der Herabsetzung des amerikanischen Einfuhrzolles, welcher gegen den Zollsatz der Mac Kinley-Bill um 40 pCt. erniedrigt ist, umso mehr, als Nordamerika auf den Import dieser Stoffe angewiesen ist und deshalb den Zoll aus eigenem Antriebe herabgesetzt hat.

Maikäfervernichtung.

Die Maikäfervernichtung wird bekanntlich von den preußischen Forstverwaltungen mit großem Eifer betrieben. Aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. liegen hierüber aus diesem Jahre folgende Zahlen vor: Es sind gesammelt in je 6 Revieren der Inspektionen Frankfurt-Landsberg und Frankfurt-Waldenberg zusammen 866,87 hl Käfer (ca. 43 1/2 Millionen) mit einem Kostenaufwande von 16 942 Mark. Die Hauptflugzeit fiel in die Wochen vom 20. April bis 20. Mai.

Statistisches.

Ernteertrag 1893.

Im Kaiserlichen Statistischen Amte ist der Ernteertrag der für Menschen und Vieh wichtigsten Nährfrüchte im Jahre 1893 zusammengestellt worden. Danach wurden geerntet in Tonnen zu 1000 kg:

	Preußen	Deutsches Reich	
	1893	1893	1892
Roggen . . .	5 312 055,5	7 460 383,4	6 827 712,1
Weizen . . .	1 795 228,2	2 994 823,4	3 162 884,6
Spelz . . .	16 567,1	423 151,6	497 818,3
Gerste . . .	975 627,7	1 946 943,8	2 420 735,9
Kartoffeln . .	20 668 746,8	32 277 851,0	27 988 557,0
Hafer . . .	2 068 757,8	3 242 313,2	4 743 036,4
Wiesenheu . .	5 308 941,5	11 490 787,2	16 833 897,1

Personalien.

Der Regierungs-Rath Rohde zu Merseburg ist an die königliche Regierung zu Potsdam versetzt worden.

Der neuernannte Regierungs-Assessor de Weerth ist der königlichen Regierung zu Oppeln zur dienstlichen Verwendung überwiesen worden.

Wie wir hören, ist dem im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten beschäftigten Land-Bauinspektor Ernst Hermann Ditmar der Charakter als Baurath verliehen worden.

Der bisherige außerordentliche Professor in der juristischen Fakultät der Universität Greifswald Dr. Georg Frommhold ist nach einer uns zugegangenen Mittheilung zum ordentlichen Professor in derselben Fakultät ernannt worden.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Unser

Kaiser

hat am 14. November den Besuch des Königs von Dänemark erhalten, der auf der Durchreise zu den Petersburger Bestattungsfeierlichkeiten im Berliner königlichen Schlosse abgestiegen war; als Vertreter des Kaisers wohnt Prinz Heinrich der Besetzung des Zaren Alexander III. bei. Am 14. fand in Potsdam, am 15. in Berlin die feierliche Vereidigung der Rekruten des Gardekorps in Anwesenheit des Allerhöchsten Kriegsherrn statt.

Die

Personenwechsel in den obersten Staatsämtern

sind im Laufe der Woche dadurch abgeschlossen worden, daß der bisherige Landesdirektor von Hannover, Freiherr v. Hammerstein-Loxten, das Landwirthschafts- und der seitherige Präsident des Oberlandesgerichts zu Celle, Schönstedt, das Justizministerium übernommen hat. Der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingensfürst hatte sich vorige Woche über München, wo er beim Prinzregenten zu Gast war, nach Straßburg i. Elsaß begeben, um seinem Nachfolger im Statthalteramt der Reichslande, dem Fürsten Hohenlohe-Langenburg, die Geschäfte zu übergeben, und ist von dort am 15. November nach Baden-Baden zum Besuche der dortigen Großherzoglichen Herrschaften gereist. Der Minister des Innern, v. Köller ist, nachdem er seinem Nachfolger im Unterstaatssekretäramt zu Straßburg, Herrn v. Puttkamer, die Geschäfte übergeben hat, am 14. November nach Berlin zurückgekehrt. Den beiden Staatsmännern, die, nuncmehr in den Dienst des Reiches bzw. Preußens berufen, lange Jahre in den Reichslanden gewirkt haben, folgt die Dankbarkeit und Sympathie der dortigen Bevölkerung in reichem Maße; was eine maßvolle, in die Bedürfnisse des Volkslebens eindringende Verwaltung auch unter schwierigen Verhältnissen erreichen konnte, zeigt namentlich der Ausgang der jüngsten Landesausschuwahlen in Elsaß-Lothringen, bei denen die reichsfreundlichen und gemäßigten Parteien den Sieg errungen haben.

Die

Kommission für Arbeiterstatistik

ist zusammgetreten und hat zunächst die Untersuchung der Verhältnisse der in Gast- und Schankwirthschaften beschäftigten Personen, alsdann diejenige über Arbeitszeit, Kündigungsfristen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe vorgenommen.

Im landwirthschaftlichen Ministerium haben letzter Tage unter Theilnahme von Kommissarien verschiedener Ministerien und der Präsidenten der Generalkommissionen Beratungen über die Regelung des

Auerbeurtheiltes bei Renten- und An siedlungsgütern stattgefunden.

Bei der am 13. d. M. im zweiten Anhaltischen Wahlkreise (Bernburg-Cöthen-Ballenstedt) abgehaltenen

Reichstags-Stichwahl

sind für den Professor Dr. Friedberg (nationalliberal) 13 570, für den Redakteur Schulze (Sozialdemokrat) 11 565 Stimmen abgegeben worden. Professor Dr. Friedberg ist mithin gewählt und die Siegeshoffnungen der Sozialdemokratie haben sich nicht erfüllt. Anzuerkennen ist, daß diesmal die Mehrzahl der freisinnigen Wähler für den Kandidaten der Ordnungspartei gestimmt hat, während in unbegreiflicher Verkennung der allgemeinen und ihrer eigenen Interessen die „Mittelstandspartei“ dem Sozialismus Gefolgschaft leistete. Wenn diese jüngste der politischen Parteibildungen solche Verhehungen in ihren Reihen aufkommen läßt, wird sie wenig Tatsächliches für das Wohl des kleinen Handwerks- und Gewerksmannes schaffen können. Für einen Sozialdemokraten stimmen, heißt in Wahrheit den Vock zum Gärtner setzen; denn die Sozialdemokratie trachtet sowieso nur danach, das selbstständige Kleingewerbe zu vernichten.

In Fuchsmühl bei Weiden in der bairischen Oberpfalz war es vorige Woche zu

Störungen der öffentlichen Ordnung

gekommen, weil die Bauern des Dorfes, dem formalen Rechte zuwider, doch in gutem Glauben auf ihre Berechtigung, sich mit Gewalt aus herrschaftlichem Walde Holz verschaffen wollten. Es kam zu einem blutigen Zusammenstoß mit dem aufgebotenen Militär. Der eigentliche Sachverhalt ist noch nicht klar gestellt; doch hat die Sozialdemokratie sofort Nutzen aus dem Vorfall zu ziehen versucht, indem ihre Fraktion im bairischen Landtage dessen sofortige Einberufung beantragt hat.

Aus

Südwesafrika

wird berichtet, daß Major Leutwein den von ihm besiegten und gefangenen Hendrik Witbooi begnadigt und bei Gibeon, seinem Stammsitze, angesiedelt hat. Witbooi hat Frieden gelobt; um seiner Treue sicher zu sein, ist bei Gibeon eine deutsche Station errichtet worden.

Aus dem Auslande.

Die Leiche

Kaiser Alexanders von Rußland

ist am Sonntag dem 11. Vormittags in Moskau eingetroffen. Die ganze Stadt war mit Trauerfahnen und Laub prächtig geschmückt. Der Sarg wurde vom Zaren Nikolaus und den Großfürsten aus dem Waggon gehoben und zum Trauervagen getragen. Unter dem Geläut sämtlicher Glocken und unter Entfaltung großen Trauergepräuges wurde sodann der Sarg zur Archangelser-Kathedrale übergeführt, wo ein Trauergottesdienst abgehalten wurde. In vielen Städten fanden Armenspeisungen statt, in Moskau allein wurden 25 000 Arme gespeist. Am Montag Mittag setzte sich dann der Trauerzug nach St. Petersburg in Bewegung, wo er am Dienstag Vormittag anlangte. Beim Ausheben des Sarges aus dem Eisenbahnzuge fand eine kurze Trauerfeier statt. Dann setzte sich der Zug durch die überall mit Trauerdekorationen versehenen, mit unzähligen Menschen angefüllten Straßen nach der Peter-Pauls-Kathedrale in Bewegung. Hier wurde der Sarg aufgebahrt, es fand dann in Gegenwart des Kaisers und der fürstlichen Gäste ein Trauergottesdienst statt, dann wurde der Sargdeckel abgehoben und das Publikum hinzugelassen. Aus Anlaß der Leichenfeier wurden an verschiedenen Stellen der Stadt 50 000 Arme gespeist.

Ueber die Regierungspolitik des neuen Zaren hat der russische Minister des Auswärtigen an die russischen Vertreter im Auslande einen Erlaß gerichtet, in dem betont wird, daß der Kaiser in nichts von der durchaus friedlichen, lokalen und festen Politik abweichen werde, die so mächtig zur allgemeinen Beruhigung beigetragen habe. An das finnländische Volk hat der Zar einen Erlaß gerichtet, in dem versprochen wird, daß die Religion, die Grundgesetze und Privilegien Finnlands unverrückt erhalten werden sollen.

Die Vermählung des Zaren mit der Prinzessin Alix von Hessen soll, wie gemeldet wird, noch im Laufe des November stattfinden.

In

Oesterreich

war von jungtschechischer Seite der Antrag gestellt worden, daß die Abgeordneten, die während der Dauer ihres Mandats zu Staatsbeamten ernannt würden, ihr Mandat verlieren sollten. Das Abgeordnetenhaus hat indessen die beantragte Dringlichkeit abgelehnt und den Antrag dem Wahlreformauschuß überwiesen. In einer Versammlung der deutschen Linken sprach Finanzminister Plener auf eine ihm dargebrachte Vertrauenskundgebung unter großem Beifall die Ueberzeugung aus, die Partei werde trotz aller Schwierigkeiten danach trachten, bei dem bevorstehenden Reformwerke, insbesondere der Steuer und Wahlreform, für ihre Prinzipien einzutreten.

In

Ungarn

hat die Verzögerung der Sanktionierung des Civilehegesetzes durch den Kaiser zu allerlei Krisengerüchten Anlaß gegeben, doch wird jetzt versichert, daß diese vollständig unbegründet seien und die Sanktion der kirchenpolitischen Gesetze gesichert sei.

Das

rumänische Königspaar

beginnt am 15. unter Theilnahme der ganzen Bevölkerung das Fest der silbernen Hochzeit.

In

England

hat sich der Premierminister Lord Rosebery in einer längeren Rede über Englands auswärtige Politik geäußert. Er hob darin hervor, England sei entschlossen, in Ostasien strenge Neutralität zu wahren. Die britische Regierung sei in dieser Frage mit Rußland Hand in Hand gegangen, überhaupt seien die Beziehungen zu Rußland nie herzlicher gewesen als jetzt. Auch bezüglich Frankreichs sprach er die Hoffnung aus, daß beide Staaten in freundschaftlicher Rivalität an den Werken des Friedens arbeiten werden.

In

Norwegen

sind die Storthingswahlen bis auf 5 Wahlkreise, deren die Rechte sicher zu sein glaubt, beendet. Das Haus wird sich danach aus 58 Mitgliedern der Linken und 56 der Rechten und Moderaten zusammensetzen, während bisher 64 Abgeordnete der Linken und nur 50 der Rechten und Moderaten angehörten.

In

Frankreich

wurde die Regierung in der Deputirtenkammer von den Sozialisten interpellirt wegen der gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifenden Maßnahmen. Ministerpräsident Dupuy erklärte sich gegen die Vertheilung von staatlichen Hilfsmitteln an die beschäftigungslosen Arbeiter, auch fand er es unmöglich, ein Lohnmaximum festzusetzen und die Dauer des Arbeitstages herabzusetzen. Die Erklärung Dupuys wurde mit großer Mehrheit gebilligt.

Im Uebrigen steht augenblicklich in Frankreich die Madagaskarfrage im Vordergrund. In der Deputirtenkammer brachte die Regierung eine Kreditforderung von 65 Millionen Francs ein. Der Minister des Auswärtigen Hanotaux legte dar, das Ministerium habe beschlossen, die notwendigen Kredite zu verlangen, um die Ausführung des französischen Protektorats über Madagaskar zu sichern. Dazu würden 15 000 Mann und 65 Millionen ausreichen. Frankreich könne ohne Besorgniß so viel Truppen aus dem Lande geben, da der gegenwärtige Zustand Europas friedlich sei. Die Kammer beschloß, eine Kommission von 11 Mitgliedern zur Prüfung des geforderten Kredits zu ernennen.

In

Spanien

ist Sagasta die Neubildung des Kabinetts gelungen. Bei Eröffnung der Deputirtenkammer, die am 13. stattfand, legte Sagasta das Programm des Ministeriums vor, wobei er erklärte, die Obstruktionspolitik der Konservativen sei schuld an dem Scheitern der Handelsverträge.

In

Marokko

ist ein Deutscher Namens Franz Neumann ermordet worden. Die deutsche Regierung hat sofort energische Schritte gethan, um vom Sultan Genugthuung zu fordern. Wie verlautet, wird auch der Kreuzer Irene auf seiner Fahrt nach Ostasien, die er demnächst antreten wird, Marokko anlaufen.

Die Holländer haben auf

Sombol

einen entscheidenden Erfolg errungen, indem sie die vier letzten feindlichen Stellungen bei Malaram erobert haben. Neue Schwierigkeiten scheinen ihnen aber daraus zu erwachsen, daß der vermuthliche Urheber des Verraths von Djakra-Negata, Djilantik, der nach der Insel Bali geflüchtet war, von dort mit Anhängern nach Sombol zurückzukehren droht.

In

Ostasien

haben die Japaner einen neuen wichtigen Erfolg zu verzeichnen: am 11. ist ihnen der wichtigste chinesische Kriegshafen Port Arthur in die Hände gefallen. Der chinesische General mit dem Generalstab hatte bereits vorher die Festung verlassen und als die Japaner am 11. nach einem Bombardement zum Sturm schritten, da legte die chinesische Besatzung die Waffen nieder und ergab sich. Nunmehr steht der zweiten japanischen Armee — die erste befindet sich auf dem Vormarsch gegen Mukden — der Weg nach Peking offen. Nach anderen Nachrichten jedoch soll die Einnahme von Port Arthur erst noch bevorstehen. Der chinesische Hof, der eine Belagerung Pekings für unvermeidlich hält, soll bereits beschlossen haben, die Stadt zu verlassen. Ueberhaupt herrscht in China größte Kopflosigkeit. — Der japanische Oberbefehlshaber, General Yamagata, hat vor kurzem einen Tagesbefehl erlassen, in dem der Kulturfortschritt Japans gegenüber China deutlichen Ausdruck erhält. Es wird darin neben den Leistungen des Heeres besonders auf die Wahrung der Vorschriften des rothen Kreuzes hingewiesen.